

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden  
Verlagsnummer: 25 241  
Kurs für Nachdruck: 20 011

**Bezugs-Gebühr** vom 1. Juni 1928 bei täglich zweimaliger Bestellung frei Haus 1,70 Mark.  
**Anzeigen-Preise:** Die Anzeigen werden nach Werbemaß berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 15 Wg., für auswärts 40 Wg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Wg., außerhalb 25 Wg., die 90 mm breite Zeile 200 Wg., außerhalb 250 Wg., Offertingebühren 30 Wg. Auswärtige Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptverlagsstelle:  
Waisenstraße 33/42  
Druck und Verlag von Leipzig & Meißner in Dresden  
Postfach-Route 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Die Verhandlungen Sachsen — Thüringen.

### Auf dem Wege zur Verwaltungsgemeinschaft. — Eine Erklärung der sächsischen Regierung.

Im Sächsischen Landtag brachte heute der Abg. Kautsch (Soz.) eine Anfrage seiner Fraktion ein über die Bildung von **Verwaltungsgemeinschaften zwischen Sachsen und Thüringen.**

Nach einer bisher unwidersprochenen Pressemeldung würden zurzeit zwischen den Ländern Sachsen und Thüringen „erneute Verhandlungen“ geführt über die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften beider Länder. Der Redner erlud die Regierung um Auskunft über Art, Umfang, Stand und Zweck dieser Verhandlungen. Er erinnert an den unlängst erfolgten Gebietsaustausch zwischen Sachsen und Thüringen, der ein Stück veralteter Rabinetspolitik gewesen sei. Viele Erfahrungen müßten keine Partei noch mißtrauischer machen. Die Regierung hülle sich in Schweigen. Man müsse dieser Regierung, die keine Mehrheit hinter sich habe, das Mandat bestreiten, überhaupt noch tiefgreifende Veränderungen im Verwaltungskörper durchzuführen. Es handle sich hier nicht um eine Förderung der Entwicklung zum Einheitsstaat, im Gegenteil sollten dem Einheitsstaat Knäpkel in die Weine geworfen werden.

Der Landtag müsse Wert darauf legen, daß er bei solchen Fragen nicht ausgelassen werde. Auch die Bevölkerung der betroffenen Gebiete müsse gefragt werden.

#### Ministerpräsident Seidl

erklärt hierzu folgendes: Ich glaube, daß die sozialdemokratische Fraktion, die nach den Worten des Vorredners den Fortschritt will, die Schritte der sächsischen Regierung in dieser Angelegenheit billigen wird. Ich bin mir aber mit allen Parteien darüber einig, wenn ich hier sage, daß es sich um eine Angelegenheit sehr diffiziler Natur handelt und daß man insoweit damit erst an die Öffentlichkeit treten kann, wenn man mit den anderen Staaten zu irgendeinem greifbaren Ergebnis gekommen ist. Solange dies nicht der Fall ist, hat es gar keinen Wert, die Öffentlichkeit damit zu befrachten, wenn man nicht rüchtern will, die angebahnten Verhandlungen auf zu versetzen und dem Fortschritt unüberwindliche Steine in den Weg zu stellen. Nachdem die Grenzverhandlungen zwischen Sachsen und Thüringen beschlossen worden sind, werden wir natürlich versuchen, im Interesse der beiden Staaten

weitere Vereinfachungen herbeizuführen.

Die Verhandlungen haben in den letzten Tagen zu Vorschlägen für Vereinbarungen geführt, die ich mir gestatte, Ihnen im Nachfolgenden mitzuteilen:

Im Anschluß an den Staatsvertrag über einen Gebietsaustausch zwischen Sachsen und Thüringen, den der Landtag vor einigen Monaten genehmigt hat, haben die thüringische und sächsische Regierung durch dieselben Kommissare, die den Staatsvertrag abgeschlossen haben, über die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften verhandelt.

Die sächsische Regierung ist hierbei von folgenden Erwägungen ausgegangen:

So große Fortschritte der Weltkrieg und die Verfassung von Weimar in der Richtung auf den deutschen Einheitsstaat gebracht haben, so besteht doch anderseits kein Zweifel darüber, daß die innere Organisation des einzigen Deutschen Reiches nicht befriedigend geregelt ist. Insbesondere sind die inneren Grenzen Deutschlands trotz des Wegfalls der Dynastien im wesentlichen die alten geblieben. Zwar sind durch den Zusammenschluß deutscher Länder und die Be-

grenzen niedergelegt worden, eine Grenzverschiebung aber ist in dem ganzen ersten Jahrzehnt der deutschen Republik nur hinsichtlich der wenigen doppelstaatlichen Gemeinden an der sächsisch-thüringischen Landesgrenze eingetreten, obwohl auch anderwärts Grenzverschiebungen wirtschaftliche Vorteile bringen könnten.

Auf Grund dieser Erfahrungen wird man, wenigstens solange als Preußen die Westhälfte seines Territoriums aufrecht erhält und die süddeutschen Länder bei ihrer gegenwärtigen Einteilung zum Problem des Einheitsstaates verharren, die innere Organisation Deutschlands mit Aussicht auf Erfolg nur innerhalb der historischen Grenzen verbessern können.

Die Bestrebungen um Vereinfachung und Verbesserung der Verwaltung dürfen aber nicht an den Landesgrenzen halt machen.

Durch die Begründung von Verwaltungsgemeinschaften kann unter Verminderung der Kosten ein höherer Nutzen der öffentlichen Verwaltung erzielt werden, auch ohne daß die Länder die ihnen nach der Reichsverfassung verbliebenen Hoheitsrechte aufgeben müssen. Die auf diesem Wege zu erzielende Annäherung wird die Vereinhaltung des Rechts in Deutschland fördern und damit die Einheit des Reiches stärken.

Solche Verwaltungsgemeinschaften werden besonders dort ohne Schwierigkeiten durchgesetzt werden können, wo die Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen die Zusammenarbeit der öffentlichen Behörden zweckmäßig erscheinen läßt. Das ist im Verhältnis zwischen Sachsen und Thüringen der Fall. Bedenken sich auch nicht die Grenzen beider Länder mit dem wirtschaftsgeographischen Gebiete Mitteldeutschlands, so wird doch schon viel gewonnen, wenn die überaus zahlreichen gemeinsamen Wirtschaftsinteressen beider Länder nach vorheriger Verständigung gemeinsam vertreten werden. Gleiches gilt von den kulturellen Interessen. Die Einheit des oberdeutschen Kulturkreises hat niemand lebhafter empfunden als Goethe, obwohl er im Staatsdienste eines kleinen thüringischen Landes stand und hat, und noch heute teilen alle kulturell interessierten Kreise des deutschen Volkes diese Empfindung, obwohl der oberdeutsche Kulturkreis infolge der weltlichen Erbteilungen seit Jahrhunderten durch zahlreiche Landesgrenzen zerschnitten wird.

Die Kommissare beider Regierungen sind nach längeren Erörterungen und Verhandlungen am letzten Sonnabend dazu gelangt, sich über die Vorschläge zu einigen, die sie ihren Regierungen unterbreiten wollen. Zwischen der thüringischen und der sächsischen Regierung besteht bereits heute Uebereinstimmung darüber, daß beide Kabinette in nächster Zeit zu einer gemeinsamen Aussprache über diese Vorschläge zusammentreten werden. Die sächsische Regierung würde es begrüßen, wenn diese Aussprache zu einer Verständigung führen würde, weil sie der Ueberzeugung ist, daß durch Verwaltungsgemeinschaften zwischen Sachsen und Thüringen die innere Organisation des Reiches verbessert, die Entwicklung im unitarischen Sinne gefördert und dabei die Gefahr eines dem deutschen Wirtschafts- und Kulturleben schädlichen Zentralismus vermieden wird.

Sobald in der geplanten Aussprache eine Einigung über den Umfang der abzuschließenden Verwaltungsgemeinschaften gefunden sein wird, wird die sächsische Regierung dem Landtag die entsprechende Vorlage machen und die Öffentlichkeit über die Einzelheiten der geplanten Verwaltungsgemeinschaften unterrichten.

auch bald den Tag erleben können, an dem auch die Rommunisten vor der Wahl ständen, entweder für bestimmte Regierungsvorlagen zu stimmen, oder aber sich vor ihren eigenen Wählern gründlich lächerlich zu machen.

#### In Preußen nur für die Weimarer Koalition.

Berlin, 7. Juni. Während die Sozialdemokraten gewiß sind, im Reiche an der Bildung einer Großen Koalition sich zu beteiligen, sind sie nicht gewillt, in Preußen die unumschränkte Herrschaft, die sie dort gegenwärtig ausüben, aufzugeben. In Preußen wollen sie nichts davon wissen, daß die Weimarer Koalition durch eine Große Koalition ersetzt werde.

Mit diesen Absichten der Sozialdemokratie befaßt sich heute das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“, und schreibt dazu: Die Eile, mit der die Einberufung des Landtags betrieben und seine baldige Entlassung vorgesehn wurde, kann doch wohl nur den Zweck haben, politische Tatsachen in Preußen zu schaffen, bevor im Reiche die Würfel gefallen sind. Wir können nicht umhin, offen auszusprechen, daß wir ein solches Verfahren für bedenklich und bedauerlich halten würden, denn es wäre nur zu geeignet, die klaren Entscheidungen, die sowohl im Reiche als auch in Preußen im Hinblick auf die möglichst stabile und starke Regierung zu treffen sind, erheblich zu verzögern und zu gefährden. Die preussische Regierung dürfte auch selbst ein Interesse daran haben, ihre parlamentarische Grundlage so bald als möglich zu verbreitern. Die „Germania“ spricht die Hoffnung aus, daß die preussische Regierung eine Umbildung der gegenwärtigen Weimarer in eine Große Koalition ins Auge fassen und bald durchführen möge. Allerdings dürfte diese Hoffnung sich als ziemlich trügerisch erweisen; denn nachdem, wie jetzt durchsichtbar, an dem Widerspruch des Zentrums die Personalunion zwischen preussischem sozialdemokratischem Ministerpräsidenten und sozialdemokratischem Reichsfanzler scheiterte, haben die Sozialdemokraten, da sie auch fühlen, daß die Freunde im Reiche wahrheitsgemäß nicht allzu lange dauern wird, das um so größere Bestreben, in Preußen wie bisher, so auch fernerhin fest in der Macht zu bleiben.

#### 78 Deutschnationale im Reichstag.

Berlin, 7. Juni. Die auf der Liste des württembergischen Bauern- und Weinbauverbundes gewählten Abgeordneten und die auf der Liste des sächsischen Landvolkes gemählten 2 Abgeordneten haben sich der deutschnationalen Reichstagsfraktion angeschlossen. Dadurch erhöht sich die Stärke der deutschnationalen Fraktion von 73 auf 78 Abgeordnete.

#### Die Genfer Entscheidung über Szenf-Gottthard

Genf, 7. Juni. Die heutige zweite Geheim Sitzung des Völkerbundsrates über die Berichte des Dreierausschusses zum Zwischenfall von Szenf-Gottthard und zur eventuellen Erweiterung der Befugnisse des Ratspräsidenten hat über eine Stunde gedauert und zu einer Einigung in dem Sinne geführt, daß der Rat in einer Entschliessung sein

Bedauern über den versuchten Waffenschmuggel ansprechen wird. Ferner einigte man sich über einige Änderungen in dem Bericht über die Befugnisse des Ratspräsidenten. Trotz der Änderungen bleibt irgendein Exekutivrecht des Ratspräsidenten auch fernerhin ausgeschlossen. In der für heute nachmittags angeordneten öffentlichen Sitzung dürften trotz dieser formalen Einigung die Ratsmitglieder ihre verschiedenen Auffassungen zum Ausdruck bringen. Die gefirrig dreistündige Sitzung über die Angelegenheit hat einen überaus hitzigen Charakter getragen und vielfach zu heftigen Zusammenstößen geführt. So soll der rumänische Delegierte

persönliche Angriffe gegen den holländischen Außenminister gerichtet haben. Der holländische Außenminister hat diese persönlichen Angriffe in schärfster Form abgewiesen und sich derartige persönliche Bemerkungen auf das Ernsthafteste für die Zukunft verboten.

#### Entspannung zwischen Belgrad und Rom.

Belgrad, 7. Juni. Die Antwort der jugoslawischen Regierung auf die italienische Note in der Reitano-Frage wurde am Mittwochabend dem italienischen Gesandten übergeben, der sie sofort nach Rom überlieferte. Der italienische Gesandte erhielt gestern ein Telegramm Mussolinis, der seine Befriedigung über die Antwort der jugoslawischen Regierung ausdrückte. Gesandter Bodrero benachrichtigte sofort telefonisch den Belgrader Außenminister, daß er von seiner Regierung beauftragt sei, seine Befriedigung über die Antwort der jugoslawischen Regierung auszudrücken, und daß Mussolinis Antwort mittels besonderer Note dem Außenministerium überandt wird. Bodrero erklärte im Namen Mussolinis, daß nach befriedigender Antwort der jugoslawischen Regierung die italienische Regierung die durch die Kundgebung hervorgerufenen Zwischenfälle als beigelegt betrachtet.

## Der Anlauf der Sozialdemokratie.

### Hindenburg empfängt morgen die Parteiführer.

Berlin, 7. Juni. Die sozialdemokratischen Parteiführer, die in Köln an der Tagung des Partelausschusses teilgenommen haben, treffen heute in Berlin wieder ein. Morgen sollen die politischen Empfänger beim Reichspräsidenten H. Hindenburg beginnen. Diese Besprechungen Hindenburgs mit den Führern aller Parteien haben informativen Charakter. Die Beirathung des Abg. Müller-Franken mit der Kanzlerschaft wird als ziemlich gewiß angesehen. Wie es heißt, soll sie schon am nächsten Dienstag unmittelbar nach dem Rücktritt der Regierung Marx erfolgen. Man glaubt, daß Müller-Franken den Parteiführern lediglich ein vorläufiges gang eng begrenztes

Regierungsprogramm und eine Kabinettsliste vorlegen wird. Die interfraktionellen Besprechungen würden dann gleich von Anfang an auch personeller Natur sein. Vorläufig beansprucht die Sozialdemokratie, entgegen den zeitigen Meldungen, vier Posten im Reichspräsidentenamt, das Ministerium des Innern, das der Finanzen und das der Justiz. Hierbei scheinen sich Schwierigkeiten zu ergeben, die wahrscheinlich die Sozialdemokratie vor die Frage: Finanzen oder Justiz stellen werden. Für die kommenden Reparationsverhandlungen möchte man, namentlich in demokratischen Kreisen, statt des Sozialdemo-

kraten Hilsberding gerne den früheren Reichsfinanzminister Dr. Reinhold haben.

Berlin, 7. Juni. Zum Beschluß des Partelausschusses erklärt der „Vorwärts“, er schaffe für die kommenden Verhandlungen freie Bahn. Es sei keineswegs zu erwarten, daß die Reichstagsfraktion, obwohl sie dazu selbstverständlich das Recht habe, eine von der des Partelausschusses abweichende Haltung einnehmen werde. Ebenso gewiß, daß der von einigen Bezirken gewünschte außerordentliche Parteitag zum gleichen Ergebnis gelangen würde, wie der Partelausschuss. Darum sei auch von der Einberufung eines außerordentlichen Parteitages abgesehen worden. Wenn die anderen Parteien, die bei der Bildung der neuen Regierung mitzuwirken beabsichtigen, mit der gleichen Aufrichtigkeit und dem gleichen auten Willen“ ans Werk gingen, so würden die Verhandlungen rasch zum Erfolg führen. Im Partelausschuss hätte so gut wie Einmütigkeit darüber geherrscht, daß mit einem wochenlangen Hin- und Hergerren und mit mehr oder weniger verworrenen Formulierungen dem Volk wenig geboten sei. Die neue Regierung solle den Rud nach links zum Ausdruck bringen, und zwar nicht nur in ihrer persönlichen Zusammensetzung, sondern vor allem auch in ihrer sachlichen Arbeit. Daß die Sozialdemokratie, betont der „Vorwärts“, an ihre neue Aufgabe mit festem Willen, für die Massen des arbeitenden Volkes herauszuholen, was herauszuholen ist, herangehen wird, sei selbstverständlich. Man würde vielleicht